

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Zs. Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rom: Stadthaus Dresden, Grotzsch Blasewitz Nr. 656
Dresdner-Rom: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bismarck, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-
hündchen Lachen, Aus aller u. neuer Zeit, Neben-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus
monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt,
Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der
Zeitung od. Nachzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Langgraf Nachf., Dresden-Friedrichstadt.
Bei unvert. Einzelnabn. Manuskripten ist Nachporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch
Fehler, ausgegeben werden. Wenn wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen

Anzeigen werden die 5-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile
mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50%
Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird
keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig.
Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anrechnung
gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Abgabe od. Konfuz d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Nr. 96

Sonntag/Sonntag, den 25./26. April

1931

Schieles Zollforderungen umstritten

Kanzler und Reichsernährungsminister konferieren

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Freitagabend eine längere Aussprache mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele. Die Besprechung diente der Vorbereitung der Zollverordnung, die in Ausführung des Ermächtigungsgesetzes nach Zustimmung durch das Gesamtkabinett erlassen werden soll.

Einpruch gegen Weizenjoll-Ermäßigung

Der Reichsbund hat an Reichskanzler und Reichsernährungsminister folgendes Telegramm gerichtet:
Gerüchte, daß Reichsregierung den Weizenjoll herabsetzen will, verdichten sich immer mehr. Weizenjollermäßigung bedeutet Ruin des Weizenpreises zu Beginn der neuen Ernte, der Hauptverkaufszeit des Landwirts. Wir erheben schärfsten Widerspruch gegen jede Herabsetzung des Weizenjoll.

Parteiführer-Empfang

Der Reichskanzler hat gestern den volksparteilichen Fraktionsführer Dr. Dingeldey und dann den konservativen Abg. Grafen Westarp zu einer Aussprache über die politische Lage und die Absichten des Kabinetts empfangen. Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion sollen Anfang der nächsten Woche vom Kanzler empfangen werden. Alle diese Unterhaltungen dienen dem Zwecke, die Fraktionen über die bevorstehenden Beschlüsse und das Arbeitsprogramm der Regierung zu unterrichten; mit dem Führer des Zentrums, dem Abg. Kaas, hat Dr. Brüning schon vor seiner Rückkehr nach Berlin während seines Urlaubs gesprochen.

Die nächsten Kabinettsberatungen, die heute ihren Fortgang nehmen, werden vor allem der Zollpolitik und der Sicherung des Gleichgewichts im Etat gewidmet sein.

In unterrichteten Kreisen wird der Fehlbetrag im neuen Haushalt, für den es jetzt Sorge zu treffen gilt, auf 400 bis 500 Mill. Mark geschätzt.

Die Einigung über die Zollfrage wird dem Kabinett nicht leicht fallen, da sich die Meinungen und Wünsche scharf gegenüberstehen.

Ein Sofort-Programm der Wirtschaftspartei

Der Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in Hannover begann mit einer Sitzung des Parteivorstandes. Dieser billigte die dem Reichskanzler in den nächsten Tagen zu unterbreitenden Forderungen zum Gesamtprogramm der Reichsregierung. Die Forderungen gehen wie verlautet dahin, daß alle Ueberschneidungen auf sozialpolitischem Gebiet beseitigt werden sollen, daß ein schneller Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in die Wege geleitet wird und daß die Finanzreform mit dem Ziel der Steuervereinfachung zur Durchführung gelangt. Alle diese Punkte sind als Sofortprogramm gedacht.

Eine schlechte Note für die Brauns-Kommission

Der falsche und der richtige Weg

Der Hauptausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit den Vorschlägen des Brauns-Ausschusses zur Arbeitslosenfrage. Nach Ansicht des Hauptausschusses läßt das Gutachten „jede tiefgehende Untersuchung der eigentlichen Gründe der Arbeitslosigkeit und demzufolge auch die Verantwortung der entscheidenden Frage, inwieweit bei ihrer Durchführung eine Verschlimmerung dieser Gründe und damit eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit eintreten müsse, vermissen“.

Diese Behandlung lebenswichtiger innerdeutscher Probleme habe in allen Kreisen des Unternehmertums enttäuscht und Beforgnisse ausgelöst.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände habe in einer Eingabe an die Reichsregierung nachgewiesen, daß die vorgeschlagenen

gesetzlichen Zwangsmaßnahmen in die Gestaltung der Arbeitszeit zur Verteuerung der Produktionskosten, Verlängerung der Lieferfristen, Erschwerung des Exports, Gefährdung des Rationalisierungserfolges, Verminderung der Anpassungsfähigkeit an die Schwankungen des Auftragsbestandes und der Wirtschaftslage, also

zu einer Verminderung der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Betriebe führen und dadurch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßten.

Der ungewöhnliche Ernst der Lage mache ferner einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung unentbehrlich, wenn nicht binnen kurzem der völlige Zusammenbruch einzelner Versicherungsträger unvermeidlich werden solle. Die in den einzelnen Versicherungszweigen, insbesondere in der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der Knappschaftsversicherung, bereits bestehenden und bestimmt zu erwartenden weiteren

Fehlbeträge könnten angesichts der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden und bei den schon jetzt nach Ansicht des Hauptausschusses weit überhöhten Beiträgen zur Sozialversicherung sowie bei der Kapital- und Selbstkostenkrise der Wirtschaft von der Einnahmeseite unter keinen Umständen mehr gedeckt werden.

Daher zwingt diese Finanzlage dazu, daß endlich auch hier die Ausgaben den Einnahmen durch entsprechend beschleunigte Reformen angepasst würden. Zusammenfassend forderte der Hauptausschuß erneut als allein zur Behebung der Wirtschaft und Behebung der Arbeitslosigkeit geeignete Mittel: Befreiung der Wirtschaft von wirtschaftswidrigen Zwangsmaßnahmen, entschiedene weitere Senkung aller Selbstkosten, insbesondere auch der öffentlichen und sozialen Abgaben und Behebung der Kreditlage durch eine Politik, die wieder im In- und Auslande das Vertrauen zu Wirtschaft und Staat und damit die Aussicht auf Rentabilität herstelle.

Ein Sommer ohne Parlament

Deutschland steht vor einer außerordentlich interessanten Periode seiner inneren Politik. Es soll, seit vielen Jahren zum erstenmal wieder, den Versuch einer parlamentfreien Führung erleben.

Das Reichskabinett ist praktisch mit dem Reichspräsidenten der einzige Quell der Regierungsgewalt.

Es hat sich selbst große und kühne Aufgaben gestellt. Nur bedeutende Entschlüsse können über bedeutende Schwierigkeiten triumphieren.

Zu allen sonstigen Hindernissen hat sich in den letzten Tagen, den Kundigen freilich nicht überraschend, ein neues Malheur gestellt: das Zusammenbrechen der deutschen Getreidevorräte. Ersüdendem Ueberfluß aus dem vorigen Herbst ist ausgeprochener Mangel gewichen; ganz in der Ferne tauchen Erinnerungen an Kriegszeiten auf. Eine Folge der amtlichen Agrarpolitik. In Berlin erhöhen die Bäcker die Brotpreise.

Es erweist sich als notwendig, daß man durch Herabsetzung der Zölle ausländischen Weizen ins Land läßt.

Zugleich aber legt Minister Schiele ein neues Zollherabsetzungsprogramm vor. Eine Korrespondenz wußte auszuspandern, was alles darin stehe: u. a. eine Erhöhung der Weizenzölle um 50 bis 70 Prozent. Dieses Zollprogramm wird einem Teil der übrigen Kabinettsmitglieder arge Verlegenheiten bereiten. Namentlich auf die Unterhaltung zwischen Minister Schiele und dem gegen Zölle sehr skeptischen Reichsarbeitsminister Ziegerwald kann man gespannt sein.

Die Reichsregierung hat bekanntlich eine Kommission sachverständiger Männer und Frauen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers a. D. Dr. Brauns eingesetzt, die das Problem der Arbeitslosigkeit studieren, wenn auch nicht lösen soll. Es war dabei wohl die Absicht, daß die Kommission einen Wandschirm für die Reichsregierung bilden sollte. Man war darauf gefaßt, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unpopuläre Maßnahmen notwendig sein würden, die teils den Arbeitgebern, teils den Gewerkschaften mißfallen müßten. Für solche Maßnahmen wollte die Regierung sich auf das autoritative Gutachten einer unabhängigen und unparteilichen Kommission stützen. Aber die Autorität beginnt plötzlich zu fliehen. Bereits in der Frage der Doppelverdie-



Reichspräsident von Hindenburg auf der Ausstellung „Die deutsche Front“
Der Reichspräsident stattete gestern der z. B. in Potsdam stationierten Wanderausstellung „Die deutsche Front“ einen längeren Besuch ab; er ließ sich das riesige Modell der deutschen Volkfront eingehend erklären und nahm im Anschluß daran Gelegenheit, sich das Potsdamer Garnison-Museum zeigen zu lassen. Unser Bild zeigt den Präsidenten mit seiner Begleitung beim Verlassen der Ausstellung.